



Presseinformation

Nr. 202/2010

Kiel, Freitag, 21. Mai 2010

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Soziales

Anita Klahn: Pflegeberuf muss an Attraktivität gewinnen

In ihrer Rede zu **TOP 62** (Ausbildung in der Pflege) sagte die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Gesundheit hat für die Menschen in unserem Land eine hohe Bedeutung. Sie müssen sicher sein können, dass sie im Krankheits- und Pflegefall gut versorgt sind. Für die FDP ist die Qualität der Versorgung und ihre flächendeckende Bereitstellung ein zentrales Anliegen. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass genügend ausgebildetes Fachpersonal zur Verfügung steht.

Genau wie der Bericht müssen wir hier die verschiedenen Komplexe einzeln betrachten. Es ist dem Minister zuzustimmen, wenn er konstatiert, dass im Bereich der Krankenpflege die Ausbildungssituation seit ungefähr zehn Jahren relativ stabil ist, bei Rückläufigkeit im Bereich der Kinderkrankenpflege.

Ein wenig anders sieht es im Bereich der Altenpflege aus.

Aus dem vorliegenden Bericht ist erkennbar, dass es eindeutig mehr Bewerberinnen und Bewerber gibt als Ausbildungsplätze. Soweit ich informiert bin, wären in den Schulen durchaus Kapazitäten für weitere Ausbildungsplätze.

Warum wird also nicht bedarfsgerecht ausgebildet?

Ein großes Problem sind offenbar die unterschiedlichen Finanzierungsregelungen zur Ausbildung.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nachdem sich der Bund 2004 aus der Ausbildungsfinanzierung zur Altenpflege zurückgezogen hat, übernahm das Land Schleswig-Holstein die Förderung von Ausbildungsplätzen – in der vom Landesrechnungshof empfohlenen Höhe von 290 Euro pro Platz pro Monat und damit einhergehend eine Begrenzung auf 1.170 Ausbildungsplätze.

Im Hinblick auf die prognostizierten Bedarfe ist natürlich die Frage zu stellen, wie zukünftig der Mehrbedarf finanziert werden kann, wenn es nicht dem Losglück überlassen sein soll, ob ein Ausbildungswilliger in den Genuss eines geförderten Ausbildungsplatzes kommt oder aus eigener Tasche monatlich 290 Euro finanzieren muss.

Eine zentrale Aufgabe der Zukunft wird es sein, den wachsenden Bedarf an professionellen pflegerischen Leistungen mit qualifiziertem Personal zu decken. Immer weniger junge Menschen werden dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehen. Auch die Pflegefachkraftausbildung wird deshalb stärker mit anderen Ausbildungsberufen konkurrieren. Angesichts dieser Prognosen ist es unerlässlich, den Pflegeberuf attraktiv zu gestalten und eine umfassende Ausbildungsinitiative zu starten.

Dazu haben die CDU und FDP auf Bundesebene vereinbart, die Ausbildung der Pflegeberufe durch ein neues Berufsgesetz grundlegend zu modernisieren und zusammenzuführen. Die Trennung zwischen ambulanter, stationärer, Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege soll aufgehoben werden und in einen qualifizierten Berufsabschluss münden, der mit vergleichbaren Abschlüssen innerhalb der EU vereinbar ist und damit eine wesentlich Voraussetzung für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer erfüllt. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird konkrete Vorschläge, auch zur einheitlichen Finanzierung einer gemeinsamen Pflegeausbildung, erarbeiten. Projekte in Schleswig-Holstein haben hier Modellcharakter. Der Minister hat es dargestellt. Auch wir werden uns die Ergebnisse genau anschauen.

Auch aus Sicht der FDP-Fraktion muß der Pflegeberuf an Attraktivität gewinnen. Wir stehen hier vorbehaltlos hinter der Schwerpunktsetzung der Landesregierung. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sind hier neue Wege zu finden.“